

25.09.2013
161b

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



*Sende-Sperrfrist: Mittwoch, 25. September 2013, 13.30 Uhr!
Es gilt das gesprochene Wort!*

Statement
von Bischof Dr. Stephan Ackermann,
Vorsitzender der Kommission Justitia et Pax,
im Pressegespräch zum Thema „Die politische Lage in Syrien
und die Herausforderung des Flüchtlingsdramas“
am 25. September 2013 in Fulda
zur Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz

Seit mittlerweile zwei Jahren sind wir Zeugen der katastrophalen Entwicklungen in Syrien. Am Anfang stand die Hoffnung auf einen friedlichen Wandel, auf mehr Freiheitsrechte für die Bevölkerung und demokratische Reformen. Schnell aber glitt das Land in einen Bürgerkrieg ab, dessen Fronten zunehmend unscharf geworden sind, da die Opposition (politisch und in ihrer militärischen Struktur) zersplittert ist – zusammengehalten nur vom gemeinsamen Bestreben, die Regierung von Präsident Baschar al-Assad zu stürzen. Kräfte von außen haben sich intensiv in den Konflikt eingeschaltet, der so mehr und mehr zu einer großregionalen Auseinandersetzung wurde. Das Assad-Regime erhält Waffen aus Russland und dem Iran, an seiner Seite kämpfen Hizbollah-Milizen aus dem Libanon. Die Opposition wird von Saudi-Arabien und anderen Staaten der arabischen Halbinsel unterstützt. Auf dieser Seite des Konfliktes haben längst auch Dschihadisten aus allen möglichen Ländern eingegriffen, nicht wenige sollen al-Quaida nahe stehen. Es geht im syrischen Bürgerkrieg also schon längst nicht mehr allein um Syrien. Auf dem Spiel stehen die künftigen politischen Strukturen und Machtverhältnisse im Nahen und Mittleren Osten.

Dieser Krieg hat Tod, Zerstörung und Leiden in einem riesigen Ausmaß mit sich gebracht: 110.000 Tote, sechs Millionen Flüchtlinge. Mehr als ein Drittel der Gebäude sind beschädigt oder zerstört. Das Schulwesen ist in größeren Teilen kollabiert. Die Bevölkerung leidet, auch wenn sie nicht an Leib und Leben bedroht sein sollte, unter Versorgungsmängeln bei Nahrung und Medizin.

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0
Direkt: 0228-103-214
Fax: 0228-103-254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: <http://www.dbk.de>

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Als Kirche besorgt uns natürlich in besonderer Weise auch das Schicksal der Christen, die immerhin 10 Prozent der syrischen Bevölkerung ausmachen. Sie drohen in diesem Bürgerkrieg zwischen die Fronten zu geraten und könnten – ähnlich wie im Irak – zu den großen Verlierern der Auseinandersetzungen gehören. Es wäre aber nicht nur ein Verlust für das Christentum, wenn es in einem weiteren Land des Orients auf verschwindend kleine Restbestände reduziert würde. Es wäre ebenso eine Katastrophe für Syrien und die ganze arabische Welt, wenn der kulturelle Beitrag der Christen verloren ginge.

Es ist nicht Ausdruck moralischer Überheblichkeit und von Besserwisserei, wenn man feststellt: Die Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft, das Morden und den Krieg in Syrien zu unterbinden, ist beschämend, ja geradezu eine Schande. Regionale und geopolitische Kalküle, gemischt mit einem zynischen Verhältnis zur Gewalt, beherrschen die Szenerie. Viele tragen dafür die Verantwortung. Die russische und die chinesische Regierung sind hier zu nennen, ebenso die Machthaber in Saudi-Arabien und im Iran. Zur Redlichkeit gehört es aber auch festzustellen, dass nicht nur die russische Blockadepolitik dem Renommee und der Handlungsfähigkeit des Weltsicherheitsrates schadet. Vielmehr haben auch die USA und andere westliche Staaten durch die Missachtung des Sicherheitsrates vor dem Irak-Krieg 2003 und durch eine Überschreitung des im Libyen-Konflikt erteilten Mandates (2011) zur Schwächung des Weltsicherheitsrates beigetragen. In Amerika wie in Europa scheint die Hoffnung vor allem darauf gerichtet zu sein, nicht oder jedenfalls nicht zu tief in die Malaise hineingezogen zu werden. Das ist verständlich, trägt aber nichts zur Lösung der menschlichen und politischen Probleme und zur Beendigung des Massensterbens bei.

Mit dem Einsatz von Chemiewaffen am 21. August 2013 ist eine Grenze eigener Art überschritten worden. Die Kirche hat auf allen Ebenen unmissverständlich deutlich gemacht, dass es sich hier um einen eklatanten und ernststen Bruch des Völkerrechts handelt, der nicht zuletzt mit Blick auf seine Folgen für die internationale Sicherheit nicht ungeahndet bleiben darf. Die Verantwortlichen sind zu ermitteln und zur Rechenschaft zu ziehen. Der Vorschlag, den Internationalen Strafgerichtshof in die Strafverfolgung einzubeziehen, ist ernsthaft zu erwägen, selbst wenn heute noch kein Konsens über die Verantwortlichkeit für dieses Verbrechen besteht. Vielleicht ist aber gerade deshalb die Einschaltung des Strafgerichtshofes umso wichtiger, da ein solches Verfahren die normative wie praktisch-politische Bedeutung des Völkerrechts unterstreichen würde.

Bekanntlich haben Papst Franziskus, die Bischöfe aller Konfessionen in Syrien und im Nahen Osten und auch eine Reihe von Bischofskonferenzen und Bischöfen aus der westlichen Welt die Ankündigung von Präsident Obama, wegen des Chemiewaffen-Einsatzes eine militärische Strafaktion durchzuführen, sehr kritisch kommentiert. Hinter all diesen Äußerungen steht kein prinzipieller Pazifismus, nicht die Ablehnung militärischer Maßnahmen in jedem Fall. In der konkreten Situation schien uns aber nichts darauf hinzudeuten, dass die Situation in Syrien durch den angekündigten, wohl eher symbolischen Einsatz von Gewaltmitteln hätte

durchgreifend verbessert werden können. Luftschläge gegen syrische Einrichtungen hätten die Aussichten auf eine Überwindung des Bürgerkriegs kaum erhöht, ja möglicherweise zu einer weiteren Verschlechterung der Lage geführt.

Mit einer gewissen Erleichterung und vorsichtiger Hoffnung haben wir daher zur Kenntnis genommen, dass durch die Verhandlungen zur Beseitigung der syrischen Chemiewaffen-Potentiale neue Bewegung in den politischen Prozess gekommen ist. Nun muss alles getan werden, um durch erfolgreiche Politik einen weiter möglichen Militärschlag unnötig werden zu lassen. Es kann kein Zweifel bestehen, dass das Assad-Regime und Russland hier die Hauptverantwortung tragen. Wir ermutigen aber auch die Bundesregierung, sich aktiv in den Prozess der Kontrolle der syrischen Giftgas-Bestände einzuschalten. Deutschland hat Fähigkeiten bei der Beseitigung von Chemiewaffen, die hier gebraucht werden können. Und auch der Einsatz deutscher Soldaten etwa bei der Sicherung von Chemiewaffen-Arsenalen darf – wenn ein klares UN-Mandat vorliegt – kein Tabu sein.

Man darf nicht verkennen, dass trotz der augenblicklich positiven Entwicklungen in der Frage der C-Waffen das Töten in Syrien Tag für Tag weitergeht. Die Frage nach einem militärischen Eingreifen – entweder um das Kräftegleichgewicht zu verschieben oder um Schutzzonen für Flüchtlinge und Zivilisten zu schaffen – bleibt deshalb in der Diskussion. Viele Experten – gerade auch im amerikanischen Verteidigungsministerium – warnen jedoch vor den unkalkulierbaren Risiken, und es ist alles andere als gewiss, dass am Ende einer Militäraktion ein gerechter Friede tatsächlich näher gerückt wäre. Deshalb erscheint es in der jetzigen Situation nicht angemessen, auf die Karte des militärischen Einsatzes zu setzen, der nach kirchlicher Lehre immer nur ultima ratio sein kann und darüber hinaus von einer überzeugenden politischen Zielsetzung und einem plausiblen Folgenkalkül getragen sein muss. Stattdessen gilt es, das Momentum der Chemiewaffen-Krise zu nutzen, um wenigstens den Versuch zu unternehmen, die Blockade des Weltsicherheitsrates zu überwinden und auf einen international überwachten tragfähigen Waffenstillstand hinzuarbeiten. Auf lange Sicht könnte dieser in politische Friedensverhandlungen münden.

Ob ein solcher Weg erfolgreich beschritten werden kann, ist offen, und niemand sollte allzu großen Optimismus hegen. Aber Christen leben aus der Hoffnung, dass die Strategien der Gewalt, der Zerstörung und Unterdrückung in der Geschichte nicht das letzte Wort haben. Die große Beteiligung und Wertschätzung, die der Gebetsaufruf von Papst Franziskus – weit über den Raum der katholischen Kirche hinaus – gefunden hat, zeigt, dass zahlreiche Menschen diese Hoffnung teilen.